



Antrag

der Fraktion DIE LINKE

Ermäßigter Mehrwertsteuersatz auf Schulessen

Der Landtag wolle beschließen:

Der Schleswig-Holsteinische Landtag fordert die Landesregierung auf, sich im Bundesrat gegen eine Mehrwertsteuer von 19 Prozent auf Schulessen und für einen verminderten Mehrwertsteuersatz von 7 Prozent einzusetzen.

Begründung:

Ein Erlass des Bundesfinanzministeriums hat zu einer Debatte über den Mehrwertsteuersatz für Schulessen geführt. Der Erlass zur Erhebung der Umsatzsteuer bei der Abgabe von Speisen und Getränken hat nach einem Bericht der »Leipziger Volkszeitung« eine deutliche Verteuerung von Schulessen zur Folge, weil nun in der Regel bei ausgeteiltem Essen der volle Mehrwertsteuersatz von 19 Prozent veranschlagt werde und nicht mehr der ermäßigte Satz von lediglich sieben Prozent. Bundesverbraucherministerin Ilse Aigner (CSU) kritisierte gegenüber dem Blatt, dass Hamburger oder Currywurst bei Mitnahme oder Anlieferung mit dem niedrigeren Steuersatz von sieben Prozent besteuert würden, während auf ausgeteiltes Essen in der Schule nun 19 Prozent Mehrwertsteuer fällig würden, was in der Praxis Schulessen um bis zu 10 Prozent verteuere.

Sozial- und gesundheitspolitisch richtig wäre jedoch das Gegenteil: Auf Schulessen sollte ein geringerer Mehrwertsteuersatz erhoben werden als auf anderes Essen.

Das Schulessen ist zu einem wichtigen Bestandteil insbesondere der Ganztagschulen geworden. Neben der sozialen Komponente zählt Schulessen immer öfters auch unter ökologischen Gesichtspunkten zur täglichen Ernährung für Schülerinnen und Schüler. Das Ziel, dass jedes Kind, das eine Schule mit einem ganztägigen Angebot besucht, an einem gemeinsamen, möglichst unentgeltlichen, Mittagstisch teilnehmen

kann, ist bis heute in Schleswig-Holstein nicht eingelöst. Gerade in Zeiten, in denen zwei Millionen Kinder in Armut leben, ist es unverantwortlich, eine Mehrwertsteuer von 19 Prozent für das Schulessen zu verlangen. Die Landesregierung muss deswegen gegen den Erlass des Bundesfinanzministeriums vorgehen und für einen verminderten Mehrwertsteuersatz von 7 Prozent eintreten.

Ulrich Schippels
und Fraktion